

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und notwendige Korrekturen

Hilde Mattheis MdB, Bundesvorstandsmitglied des Forums Demokratische Linke, Mitglied des Sprecherkreises der DL 21 Baden-Württemberg

Die Krise des Weltfinanzmarktes hat unser Weltwirtschaftssystem radikal in Frage gestellt. Nur massive, auf Schulden gestützte, Interventionen der großen Industriestaaten konnten die Wirtschaft stabilisieren.

Doch die Krise ist nicht überwunden. Sie wurde nur mit weiteren Risiken belastet in die Zukunft verschoben und es kann jederzeit zu neuen massiven Einbrüchen kommen. Auswirkungen der Krise sind in Deutschland besonders in den Regionen und Bundesländern zu spüren, die vom Export abhängen.

Die Ausgangslage: Weltweite wirtschaftliche Verwerfungen

Die ökonomischen Theorien und Modelle des Neoliberalismus, die nur durch die gewaltige Expansion der Finanzmärkte funktionieren konnten, haben die Weltwirtschaft an den Abgrund geführt. Der Glaube, auf Dauer lasse sich mit Geld mehr Geld verdienen als mit Arbeit, hat sich als eine Täuschung erwiesen. Spekulation sind letztlich immer ein Nullsummenspiel: Was einer gewinnt, verliert ein anderer, eben wie im Kasino. Und es hat sich gezeigt: „Spekulationen schaffen keinen Mehrwert und stiften keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, außer dass sie die Croupiers gut beschäftigt und einzelne Märkte in Gang halten, indem sie ihnen Marktteilnehmer zuführen.“
(*Nach der Krise* von Roger de Weck)

Und es wird weiter spekuliert - mit all den in den letzten Jahren immer deutlicher werdenden negativen Auswirkungen auf die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung: Neben einer schleichenden Destabilisierung des gesamten Wirtschaftssystems hat die Handlungsfähigkeit der Staaten durch Unterfinanzierung gelitten und ist der öffentliche Sektor systematisch privatisiert worden.

Die Finanzmarktkrise hat für alle sichtbar offengelegt, dass die Entkoppelung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft Krisen katastrophalen Ausmaßes erzeugt, da die grundlegende Struktur der Weltwirtschaft unterwandert wird: Notwendige Investitionen in die Realwirtschaft wurden und werden zugunsten des schnellen Spekulationsgeldes unterlassen.

So hat diese Politik in den USA zu einer gewaltigen Ausdehnung der wirtschaftlichen Bedeutung des Finanzsektors geführt. Mehr als 40 Prozent aller US-Firmengewinne vereinigte der Finanzsektor vor der Krise auf sich, ein Sektor, auf den nur rund sieben Prozent aller Beschäftigten entfallen. Ein kleines Grüppchen von Finanz-„Spezialisten“ entzog der Realwirtschaft einen lebenswichtigen Teil der Investitionsmittel und nahm ihr damit jegliche Entwicklungsmöglichkeit. Das ist das wahre Ausmaß des Raubtierkapitalismus.

Gleichzeitig verlieren immer mehr Menschen weltweit ihre Lebensgrundlage – ihren Arbeitsplatz. Eine rasante Zunahme der Einkommensungleichheit in vielen Ländern, vor allem auch in Deutschland, war die Folge. Gleichzeitig wurde politisch ein Nied-

riglohnssektor gefördert (Ausweitung Leiharbeit, Lockerung des Kündigungsschutzes etc.), der Arbeit immer weiter entwertete.

In Deutschland stieg mit der Ungleichheit der Einkommen und Vermögen die Sparquote stark an, der Konsum blieb schwach, das Wachstum niedrig. Die schwache Nachfrage im Inland verstärkte die starke Exportorientierung. Dadurch wurde unser Wirtschaftswachstum immer mehr vom Export und der Verschuldungsbereitschaft der Defizitländer abhängig.

Die bisherigen Konjunkturlokomotiven USA, Großbritannien und Spanien müssen nun in der Krise ihre Außenhandelsdefizite abbauen. Länder wie China, Japan und auch Deutschland brauchen daher eine kräftigere Binnennachfrage, um den, zum Teil dramatischen Rückgang beim Export auszugleichen. Das geht in Deutschland einher mit schwachen Lohnzuwächsen bzw. sogar Anfang 2010 einem seit dem Zweiten Weltkrieg erstmaligen Rückgang des Bruttolohns. Die Chance durch eine starke Binnennachfrage unsere Wirtschaft wieder anzukurbeln, wurde damit verspielt.

Exkurs: Exemplarisch hierfür - Die Situation in Baden-Württemberg

Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist geprägt durch einen hohen Industrieanteil, einer starken Exportorientierung und überdurchschnittlichen Exportquoten. Dies sorgte bis Mitte 2008 noch für eine überdurchschnittliche konjunkturelle Entwicklung. Doch von den weltweiten wirtschaftlichen Verwerfungen sind diese klassischen Industrien mit hohem Exportanteil besonders stark betroffen: Autobau inklusive Zulieferer, die Chemieindustrie und der Maschinenbau.

Das ist einer der Hauptgründe, warum Baden-Württemberg überdurchschnittlich stark unter den Auswirkungen des wirtschaftlichen Abschwungs leidet. Der enorme Auftragseinbruch, vor allem beim Maschinenbau, mit bis zu 80 Prozent, die große Zahl von derzeit rund 200.000 Kurzarbeitern/Kurzarbeiterinnen und der Verlust von rund 60.000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe verdeutlichen das Ausmaß der Krise.

Vor diesem Hintergrund wirken sich die mangelhafte Weichenstellung für die Entwicklung der Dienstleistungsbranchen und die falschen Investitionsentscheidungen für den Ausbau der Infrastruktur des Landes extrem negativ aus.

Das Musterländle ist im Ranking der Bundesländer abgerutscht:

- Mit einer niedrigen öffentlichen Investitionsquote belegt das Land inzwischen den 9. Platz.
- Besonders schlecht schneidet es bei Investitionen in die Infrastruktur ab: Hier schafft es das Land nur auf den viertletzten Platz der 16 Bundesländer.
- Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist das Land inzwischen auf den 7. Platz zurück gefallen.
- Für die Bildungsabschlüsse mit Hochschulreife wird dem Land freundlich ein Platz „im vorderen Mittelfeld“ attestiert. (Bertelsmann-Studie, Juli 2007).Bei

der Wohnbauförderung ist Baden-Württemberg trotz vieler fehlender Wohnungen bundesweit unrühmliches Schlusslicht.

- Die Hochschulen sind personell ausgedünnt: Von 1995 - 2005 haben die Bundesländer zusammen 6,4 Prozent der Professorenstellen abgebaut – Baden-Württemberg 13 Prozent, in Mathematik und Naturwissenschaften sogar 16 Prozent.

Viel sagt auch ein Vergleich zweier technischer Universitäten von ähnlichem Typ, ähnlichem industriellen Umfeld und ähnlicher Geschichte, in unmittelbarer geographischer Nähe (nur eine Grenze liegt dazwischen): Die Universität Stuttgart mit etwa 20.000 Studierenden verfügt über einen Etat von 480 Mio. €, die ETH Zürich mit 13.500 Studierenden kann über 720 Mio. € verfügen. Auf eine Professur kommen in Zürich 37, in Stuttgart heute 71 Studierende.

Das ZEW stellt in einer eigenen Studie (*Baden-Württemberg fällt zurück*, in: ZEW Gründungsreport Juni 2008) fest, dass das Land bei *Gründungen im industriellen High-Tech-Bereich* besonders stark an Boden verloren hat. „Während die Gründungsintensität des industriellen High-Tech-Bereichs in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren um 12 v.H. zurückging, hat sich die Gründungsintensität von Baden-Württemberg in diesem Bereich nahezu halbiert.(...) Der deutliche Vorsprung bei der Gründungsintensität im industriellen High-Tech-Bereich – bisher ein Charakteristikum der Gründungstätigkeit in Baden-Württemberg – ging damit in den letzten zehn Jahren sukzessive verloren.“

Hierfür brauchen wir politische Antworten. Es geht nicht nur darum die aktuelle Krise zu überwinden, sondern darum die Weichenstellungen für die Zukunft so zu stellen, damit solche Krisen nicht mehr entstehen können, denn Rettungsschirme für Banken, die Wirtschaft und auch für den Euro können lediglich wieder kurzfristige Stabilität in unser Wirtschaftssystem bringen.

Die Sozialdemokratie kann und muss politische Antworten aufzeigen, um krisenhafte Entwicklungen zu verhindern, die Wirtschaft so umzugestalten, dass sie dem Menschen dient und unsere Gesellschaft solidarisch organisiert wird.

Das heißt konkret:

1. Wir brauchen eine neue Struktur der Finanzwirtschaft und der Banken

Die Ankündigungen von krisenfesten Regelungen - „es darf keine regelfreien Zonen geben“ - wurden bisher weder national noch international umgesetzt.

Im Gegenteil: Die Niedrigzinspolitik der EZB, genauso wie der US-Notenbank hat zur weiteren unkontrollierten Fortsetzung der Finanzspekulationen gereizt. Die Wetten auf Zinsen, Währungen, Rohstoffe oder Aktien sind weiterhin die profitableren Einkommensquellen für alle Großbanken als das normale Kundengeschäft. Es gibt keine

Koppelung der Vergabe öffentliche Gelder an die Verpflichtung, damit Kredite für die Realwirtschaft bereitzustellen.

Die Großbanken profitieren darüber hinaus von den Geschäften mit den Staatsanleihen zur Finanzierung der Rettungsschulden. Und ihr systemrelevanter Status - zu groß, um zusammenbrechen zu können – macht sie bisher weiterhin unantastbar und die rahmensetzende Politik erpressbar.

Einen unverzichtbarer Schritt für die Neuordnung der Finanzwirtschaft hat nun Obama eingeleitet: „Die besonders spekulativen Teile des Investmentbankings sollten künftig vom klassischen Bankgeschäft getrennt werden. Wenn der Obama-Vorstoß Wirklichkeit wird, dann wären die Finanzkreisläufe in den USA zweigeteilt:

Auf der einen Seite stünden fortan die klassischen Kundenbanken. Sie dürften auf eigene Rechnung keinerlei spekulative Geschäfte mehr betreiben, also keinen Eigenhandel treiben, keine Beteiligungen an Hedgefonds halten und keine Derivategeschäfte tätigen. Sie würden zu vergleichsweise biederen, aber eben soliden Geldhäusern geschrumpft.

Ihre Vorteile: Für das klassische Bankgeschäft könnten sie auf das Geld privater Kunden zurückgreifen. Obendrein würden sie den Schutz des Staates genießen. Denn nur die Kundenbanken sollen Zugriff auf Hilfgelder der Notenbanken erhalten. Damit könnten sie im Falle einer Krise gerettet werden.

Die neuen Investmentbanker dürften zwar weiter spekulative Geschäfte wie Leerverkäufe und andere Wetten auf fallende Kurse abschließen - aber nicht mit dem Geld der normalen Kunden. Ihre Geschäfte würden automatisch schrumpfen. Der Staat und der Casinokapitalismus wären weitgehend entkoppelt.“ (Spiegel, 25.1.10)

Dies kann jedoch nur eine der notwendigen Maßnahmen sein, die es auch in Deutschland (u.a. mit der Deutschen Bank) vorzunehmen gilt. Grundsätzlich muss das gesamte Finanzgewerbe wieder einer Aufsicht unterworfen werden – es darf keine regelfreien Zonen mehr geben.

- Private Banken müssen, wenn sie in die Zahlungsunfähigkeit geführt wurden, wie jedes andere insolvente Unternehmen behandelt werden können. Sie dürfen nicht so systemrelevant werden, dass sie den Staat erpressbar machen und zu Lasten der Allgemeinheit entschuldet werden müssen.
- Das System der Landesbanken in Deutschland muss saniert und neu geordnet werden. Die Landesbanken sollen eingebettet werden in einen koordinierten Ausbau und Verbund von öffentlichen Banken und Sparkassen aller EU-Mitgliedsländer. Dieser europaweite öffentliche Bankensektor braucht entsprechend demokratisch legitimierte Organisations- und Aufsichtsstrukturen.
- Der Verbund von öffentlichen Banken und Sparkassen muss in der Lage sein, auch für Großunternehmungen auf europäischer Ebene entsprechende Kredite zur Verfügung stellen zu können.

Wir brauchen die Entwicklung und Förderung eines europäischen öffentlichen Finanzsektors. Er kann die Gefahr der Erpressbarkeit bannen. Nur eine zu entwickelnde Marktmacht eines öffentlich kontrollierten Finanzsektors kann dem privat organisierten Finanzbereich die notwendigen disziplinierenden Grenzen setzen.

Klaus Gretschmann, Generaldirektor für Wirtschaft beim Europäischen Rat, formuliert das Ziel: „Finanzkapitalismus muss wieder zum dienenden Partner der Realwirtschaft werden.“

Darüber hinaus sind u.a. folgende Regelungen dringlich:

- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Jede Art von Geldgeschäft muss mit ausreichend Eigenkapital unterlegt werden, um die Kredithebel zu begrenzen.
- Ein ausschließlich von den Banken zu finanzierender Rettungsfonds für die gesamte Branche, der in der Lage ist, ohne zusätzliche Steuermittel haften zu können.
- Große transnationale Banken brauchen eine transnationale Aufsicht.
- Implizite Staatsgarantien für Großbanken darf es nicht geben.
- Rating-Agenturen müssen beaufsichtigt oder verstaatlicht werden.
- Bonuszahlungen für Bankmanager sind an langfristige Erfolge zu binden.

Das Bankgeschäft muss auf seinen eigentlichen Dienstleistungskern zurückgeführt werden. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Finanzwirtschaft für die Gesamtwirtschaft und die Existenz des Staates muss auch eine Reorganisation des gesamten Wirtschaftsgefüges stattfinden.

2. Wir brauchen einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft – Grenzen setzen, Chancen eröffnen

Die beiden Forscher Carmen M. Reinhart von der University of Maryland und Kenneth S. Rogoff von Harvard, ein früherer Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, haben die einundzwanzig wichtigsten Banken Krisen seit 1899 untersucht. Ihr Fazit: Die Krisenmuster gleichen einander. Börse und Immobilienmarkt schlingern jeweils sechs bis acht Jahre. Die Zahl der Arbeitslosen steigt im Schnitt um sieben Prozent und sinkt nach etwa vier Jahren. Die Produktion fällt um rund zehn Prozent, erholt sich aber rasch. Die Staatsverschuldung schnellst empor, im Schnitt um fast neunzig Prozent – aber nicht so sehr wegen der Hilfen an die Banken, sondern wegen des Einbruchs der Steuereinnahmen. Und, so der Befund der beiden Wirtschaftshistoriker: **„Wo kräftig liberalisiert wird, häufen sich Blasen und Finanzkrisen.“**

Die Finanzkrise ist auch eine Krise der Elite. Und da die Elite es offensichtlich „nicht kann“ bzw. nicht anders kann als unverdrossen die Botschaft zu verkünden „bereichert euch“, drängen sich die Forderungen nach einer stärkeren Steuerung der Wirt-

schaft auf. Der Staat muss wieder die Marktordnung bestimmen, die an Grundsätzen ausgerichtet ist:

- **Kein Wachstum um jeden Preis. Soziale und ökologische Ziele müssen mindestens so viel gelten wie das Ziel Gewinne zu machen.**
- **Eigentum verpflichtet.**
- **Verteilungsgerechtigkeit ist herzustellen.**

Das heißt dann konkret:

- Für Unternehmen ein staatliches Verbot der Veröffentlichung von Quartalsberichten;
- Für Bestverdiener die Begrenzung ihrer Einkünfte – großzügig genug – auf das Fünzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen (statt des 720fachen beim Novartis-Präsidenten);
- Manager Boni, die sich nach ihrer Durchschnittsleistung in den jeweils vergangenen fünf Jahren bemessen;
- Für Aufsichtsräte und Controller ein Verbot jeglicher Gewinnbeteiligung, damit sie als Aufseher kein Interesse daran haben, um des Profits willen riskante Strategien und zweifelhafte Geschäfte zu billigen;
- Für den Aktionär mehr Dividende und (wie in Frankreich) eine Verdoppelung der Stimmrechte, wenn er einem Unternehmen zwei Jahre treu bleibt;
- Für die immer mächtiger werdenden Pensionskassen Vorschriften, ihre Milliarden nur in Unternehmen anzulegen, die alle Kriterien des Paktes zwischen den Vereinten Nationen und führenden Konzernen (Global Compact) erfüllen: Schutz der Menschenrechte, Schutz der Arbeitnehmer und ihrer Rechte, Umweltschutz und Entwicklung umweltfreundlicher Techniken, Kampf gegen Korruption.

Der Staat muss aber nicht nur wieder die Marktordnung bestimmen, er muss auch die Bedeutung des öffentlichen Sektors für einen fairen Arbeitsmarkt nutzen.

3. Wir müssen unsere Gesellschaft solidarisch organisieren - Wir brauchen eine Stärkung des öffentlichen Sektors

Ausgangslage: Von Europa lernen

Eine kostengünstige, flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung mit öffentlichen Gütern konnte durch die Privatisierungspraxis und Marktöffnung der letzten Jahre nicht erreicht werden. Stattdessen haben - begleitet von Personalabbau - prekäre Beschäftigung sowie schlechtere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zugenommen.

Die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur von Bund, Ländern und Gemeinden liegen seit mehr als 20 Jahren unter dem Schnitt der EU und der OECD: Die öffentlichen Investitionen in Deutschland sind mit 1,5 Prozent extrem gering.

Deutschland bezahlt die Senkung der Staatsquote teuer: Mit der Vernichtung von öffentlichen Arbeitsplätzen auch im kommunalen Bereich und dem Verfall öffentlicher Infrastrukturen.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit der Wiedervereinigung deutlich gesunken. Im Jahr 1991 waren noch rund 6,7 Millionen Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, am 30.06.2008 dagegen noch 4,5 Millionen. Aktuelle Trends im Bereich der Beschäftigung bei den Gebietskörperschaften sind beispielsweise zunehmende Teilzeitbeschäftigung sowie die Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern und die Auslagerung von kommunalen Dienstleistungen wie etwa Abfallentsorgung oder Straßenreinigung.

Die öffentlichen Ausgaben – Investitionen wie Personal - für Bildung (Kitas, Schulen und Universitäten), Forschung und Innovation liegen seit mehr als zwei Jahrzehnten unter dem Schnitt vergleichbarer Industrienationen, und stets deutlich unter den Spitzenländern wie den Skandinavischen Ländern. Das Lehrer/Professoren – Verhältnis zu Schülern/Studierenden ist international bis auf wenige kleiner technische Lehranstalten nicht mehr international vorzeigbar.

Deutschlands Ausgaben für öffentlich Beschäftigte im Jahr 2008 betragen gerade einmal 6,9 des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich hierzu: Dänemark 17,1 Prozent, Schweden 14,9 Prozent, Frankreich 12,7 Prozent, Großbritannien 11,1 Prozent, Deutschland 6,9 Prozent; EU gesamt 10,5 Prozent

Die öffentlichen Ausgaben für Pflegekräfte sind - was Zahl und Bezahlung angeht - im Verhältnis zu den skandinavischen Staaten unterdurchschnittlich. Die Qualität der Pflege der Kranken und älteren Menschen ebenso.

Wenn wir allein für öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Pflege den Umfang und die Qualitätsanforderungen an öffentliches dienstleistendes Personal wie in Norwegen oder Dänemark einführen würden, bräuchten wir allein ca. **4,4 bzw. 3,8 Millionen mehr Beschäftigte!** Diese Zahlen ergeben sich, wenn es in Deutschland auf 1000 Einwohner gerechnet genau so viele öffentliche bzw. staatsnahe Dienstleistungen geben würde wie in Norwegen bzw. Dänemark.

Hätten wir eine mit den skandinavischen Ländern vergleichbare Beschäftigungsstruktur hätten wir rein rechnerisch kein Arbeitslosenproblem mehr. Mehrausgaben für staatsnahe bzw. öffentliche Dienstleistungen würden massive Entlastungen der Sozialkassen gegenüberstehen. Gleichzeitig bräuchte es zur Finanzierung einer derartigen Beschäftigtenstruktur aber auch zusätzliche Einnahmen.

Deutschland ist derzeit im OECD-Vergleich ein Niedrigsteuerland, insbesondere im Hocheinkommensbereich. Voraussetzung für eine vorsorgende Politik für Wachstum und Beschäftigung ist ein finanziell handlungsfähiger Staat, der auf Klientelgeschenke und auf Fehlanreize wie das Betreuungsgeld verzichtet, der Steuerflucht konsequent bekämpft und der eine stärkere Beteiligung von hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften an den öffentlichen Ausgaben sicherstellt.

Fazit:

Wir brauchen eine **neue Balance von öffentlicher Verantwortung und Verpflichtung des Eigentums** auf die **Wohlfahrt der Gesamtheit der Gesellschaft** und eine **grundlegend andere Form des Wirtschaftens**.

Kernstück unserer Politik für Beschäftigte muss es sein, in flexibler werdenden Arbeitsmärkten den Menschen einen verlässlichen Rückhalt für ihre Lebensplanung zu geben.

Das bedeutet konkret:

- Recht auf gute Arbeit mit einem existenzsichernden Mindestlohn
- Leiharbeit re-regulieren
- Ausbildungsplatzgarantie
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, Stärkung der Gewerkschaften
- Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, Abschaffung von kurzfristigen Maßnahmen der Arbeitslosenförderung wie z.B. 1-Euro Jobs
- Begrenzung von Mini-/Midi-Jobs
- Menschenwürdige, existenzsichernde Absicherung gegen Arbeitslosigkeit
- Sanktionen gegen Arbeitslose aussetzen
- Recht auf Weiterbildung, ein Leben lang
- Förderung von älteren ArbeitnehmerInnen und die Integration im Betriebsumfeld
- Flexible Übergänge in den Ruhestand, Rente mit 67 abschaffen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen
- Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau bei gleichwertiger Arbeit überwinden
- Absicherung von Menschen mit unsteten Erwerbsbiographien

Der Sozialstaat muss jedem Menschen in jeder Arbeitsmarktsituation eine faire Zukunftsperspektive bieten. Dazu müssen wir den öffentlichen Sektor stärken und ausbauen.

Auch unter den Bedingungen des gemeinsamen Marktes und der internationalen Konkurrenz sind soziale Gerechtigkeit, ein hohes Lohnniveau, eine hohe Staatsquote sowie gute soziale Sicherung einerseits und wirtschaftliche Stärke und niedrige Arbeitslosigkeit andererseits vereinbar. Den Beweis liefert das "Nordische Modell" der skandinavischen Staaten.

Im Ergebnis haben die skandinavischen Staaten erheblich niedrigere Arbeitslosenquoten, niedrigere Langzeitarbeitslosenzahlen und eine deutlich höheren Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und Älteren als Deutschland. **Die hohen Erwerbsquoten helfen dabei, die hohen Kosten des öffentlichen Sektors zu schultern.**

Daher brauchen wir bei uns in Deutschland eine solidarische Beschäftigungsversicherung

- die als Teil des vorsorgenden Sozialstaates durch ein Recht auf Weiterbildung präventiv vor Arbeitslosigkeit schützt,

- die verschiedene Wechselfälle und Übergänge in der Erwerbsbiographie absichert,
- Jobgesundheitsmaßnahmen und Auszeiten für Pflege, Kindererziehung und Qualifizierung zu vernünftigen Konditionen ermöglicht und
- die alle Beschäftigten – unabhängig ob abhängig beschäftigt oder selbständig – einbezieht.

Zu diesem Konzept gehört auch **ein stärkerer öffentlich geförderter Arbeitsmarkt in lokaler Verantwortung** mit lang- oder unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Personen, die längerfristig bzw. dauerhaft nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können.